



Landeshauptstadt
Mainz

Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“	5
2.1. In der NS-Zeit benannte und noch heute existierende Straßen in Mainz	5
2.2. Nach Förderern oder Profiteuren des NS-Regimes benannte Straßen in Mainz	9
3. Ergebnis	21

1. Einleitung

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 15. Juni 2011 den Antrag „Historische Straßennamen in Mainz – sichtbare Zeichen des geschichtlichen Bewusstseins“ mehrheitlich beschlossen.

Hintergrund des Antrags waren die in den vergangenen Jahren bundesweit vermehrt zu beobachtenden Diskussionen um historisch belastete Straßennamen. Insbesondere Straßen und Plätze, deren Namensgeber als Förderer oder Profiteure des NS-Regimes hervorgetreten waren, standen dabei im Mittelpunkt des Interesses.

Der in den Stadtrat eingebrachte Antrag führt aus:

„Noch immer tragen viele Straßen und Plätze in Mainz Bezeichnungen, die auf politisch-ideologisch motivierte Benennungen und Umbenennungen unter nationalsozialistischem Einfluss zurückgehen. Auch prägen noch einige Denkmäler das Mainzer Stadtbild, deren Aussagekraft in der heutigen Zeit überholt ist und deren Einordnung in ihren historischen Kontext fehlt. Diese Tatsachen waren in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand öffentlicher Kontroversen, besonders hinsichtlich geistiger und politischer Wegbereiter, aber auch historischer Bezugspunkte der nationalsozialistischen Herrschaft. Diese Problematik war immer wieder - auch in jüngster Vergangenheit - Gegenstand kontroverser Diskussionen in der Bevölkerung und in den politischen Gremien.“

Auf Beschluss des Stadtrats wurde eine Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“ eingerichtet, deren Aufgabe es sein sollte, historisch belastete Straßennamen zu überprüfen und dem Stadtrat eine Empfehlung zum Umgang mit diesen Benennungen zu unterbreiten.

Vorbild für diese Arbeitsgruppe war die Stadt Münster, wo bereits im April 2010 eine entsprechende Kommission „Straßennamen“ gebildet worden war.

Nach umfassenden Vorarbeiten durch Stadtarchiv und Kulturabteilung erfolgte am 9. Februar 2012 die konstituierende Sitzung der AG „Historische Straßennamen“. Geladen waren die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der im Kulturausschuss vertretenen Stadtratsfraktionen, Frau Ulrike Faßbender (FDP-Stadtratsfraktion), Herr Gunther Heinisch (Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Dr. Walter Konrad (CDU-Stadtratsfraktion) und Frau Martina Kracht (SPD-Stadtratsfraktion), als Vertreter der Verwaltung Herr Friedrich Hofmann (Dezernat VI), Herr Prof. Dr. Wolfgang Dobras (47-Stadtarchiv), Herr Dr. Stephan Fliedner (42-Amt für Kultur und Bibliotheken), Herr Jan-Sebastian Kittel (Dezernat VI / 42-Amt für Kultur und Bibliotheken) und Herr Dr. Frank Teske (47-Stadtarchiv) sowie als externe Fachleute Frau Dr. Hedwig Brüchert (Verein für Sozialgeschichte Mainz), Herr Dr. Ralph Erbar (Verband der Geschichtslehrer Deutschlands, Landesverband Rheinland-Pfalz) und Herr Günther Knödler (Mainzer Altertumsverein). Den Vorsitz führte Frau Beigeordnete Marianne Grosse. Als Schriftführer fungierten Herr Raphael Lopez und Herr Martin Steinmetz (beide 42-Amt für Kultur und Bibliotheken).

Anhand einer vom Stadtarchiv vorgelegten Liste

- der in der NS-Zeit benannten und noch heute existierenden Straßen und Plätze sowie

- der nach Förderern oder Profiteuren des NS-Regimes benannten Straßen und Plätze beurteilte die Arbeitsgruppe die Benennungen von insgesamt 17 in Frage kommenden Straßen und Plätzen in Mainz.

Zur Bewertung der jeweiligen Persönlichkeiten wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet, der die Grundlage für die Empfehlungen der AG „Historische Straßennamen“ darstellt:

1. War die betreffende Person Mitglied der NSDAP?
2. Wenn ja, wann ist der Beitritt erfolgt, vor dem 30. Januar 1933 oder danach?
3. Hat die betreffende Person einen wesentlichen Beitrag zur Anbahnung, Errichtung und/oder Aufrechterhaltung der NS-Herrschaft geleistet?
4. Hat sich die betreffende Person in Schriften und/oder Reden positiv über Adolf Hitler, die NSDAP, die Ausgrenzung, Verfolgung und/oder Ermordung von NS-Opfergruppen und/oder über mögliche Kriegsziele geäußert?
5. Sind Handlungen erkenn- und nachweisbar, die aus heutiger Sicht moralisch und sogar strafrechtlich zu verurteilen sind?
6. Hat die betreffende Person zu erkennen gegeben, wie sie nach 1945 zu ihren Äußerungen bzw. Taten in der Zeit des Nationalsozialismus stand?
7. Erfolgt bereits in anderen Kommunen Rückbenennungen, deren Begründungen relevant sind und übernommen werden können?

Der erste Straßename, für den von der Arbeitsgruppe eine Empfehlung ausgesprochen wurde, war die Poppelreuterstraße. Anlass für eine vorrangige Behandlung dieses Straßennamens waren Berichte in der Mainzer Presse über die NSDAP-Mitgliedschaft von Walther Poppelreuter und dessen Verhalten in der NS-Zeit, die zu einer öffentlichen Diskussion um die Notwendigkeit einer Umbenennung dieser Straße geführt hatten.

Die AG „Historische Straßennamen“ fasste auf ihrer zweiten Sitzung am 20. April 2012 den einstimmigen Beschluss, eine Empfehlung für die Umbenennung dieser Straße auszusprechen. Der Stadtrat beschloss am 5. September 2012 einstimmig (bei drei Enthaltungen) auf Basis der Empfehlung der Arbeitsgruppe, die Poppelreuterstraße in „Im Sommergarten“ umzubenennen.

Für die weiteren Beratungen entschloss sich die AG „Historische Straßennamen“ dazu, alle sonstigen zu behandelnden Straßennamen zunächst intern zu besprechen und erst mit vorliegendem Abschlussbericht an die Öffentlichkeit zu treten.

In Ergänzung ihres Arbeitsauftrags wurde die AG „Historische Straßennamen“ um eine Stellungnahme zu der vom Ortsbeirat Mainz-Altstadt initiierten Umbenennung des „Deutschhausplatzes“ in „Platz der Mainzer Republik“ gebeten. Nach intensiven Beratungen gelangte die Arbeitsgruppe am 20. April 2012 zu dem Beschluss, eine Empfehlung für die Umbenennung gemäß der in der Beschlussvorlage der Verwaltung beschriebenen Variante A (Teilung des Platzes in Verlängerung des Gebäudes Hausnummer 3 in Richtung Landtag) auszusprechen. Zudem wurde die Aufstellung einer Hinweistafel mit einer historischen Einordnung der „Mainzer Republik“ angeregt.

Der Stadtrat beschloss am 13. Juni 2012 mehrheitlich die Umbenennung des „Deutschhausplatzes“ in „Platz der Mainzer Republik“ gemäß der genannten Variante A.

Die nachfolgenden Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“ verstehen sich als Grundlage für eine Entscheidungsfindung des Stadtrats über die Umbenennung oder Beibehaltung der aufgeführten Straßennamen.

Die ehemalige Poppelreuterstraße, deren Umbenennung vom Stadtrat bereits beschlossen wurde, ist in der folgenden Auflistung nicht enthalten.

2. Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“

2.1. In der NS-Zeit benannte und noch heute existierende Straßen in Mainz

117er Ehrenhof

(Gültig ab: 23.10.1933)

Der Platz war ursprünglich nach dem Naturforscher, Schriftsteller und Revolutionär Georg Forster (1754-1794) benannt. Die Nationalsozialisten sahen in diesem Protagonisten der „Mainzer Republik“ aber einen „Landesverräter“ und benannten den Forsterplatz und die Forsterstraße am 31. März 1933 nach dem zum Märtyrer stilisierten SA-Sturmbannführer Horst Wessel um.

Am 2. Juli 1933 wurde auf diesem Platz das Ehrenmal für das 1919 aufgelöste „3. Großherzoglich Hessische Infanterie-Regiment (Leibregiment der Großherzogin) Nr. 117“ eingeweiht. Die Nationalsozialisten nutzten die Einweihungsfeierlichkeiten, an denen neben der Großherzoglichen Familie auch hochrangige Vertreter von Staat, Kirchen und Militär teilnahmen, um sich öffentlichkeitswirksam in die Tradition der alten Herrschaftseliten zu stellen.

Auf Drängen der Veteranen des Infanterie-Regiments Nr. 117 erfolgte schließlich im Oktober 1933 die nochmalige und bis heute gültige Umbenennung des Platzes in „117er Ehrenhof“.

Im Februar 2016 wurde eine Informationsstele am 117er Ehrenhof errichtet, die an den ursprünglichen Namensgeber Georg Forster erinnert und die Geschichte der Benennung des Platzes thematisiert.

Es handelte sich um keine Benennung auf Initiative der Nationalsozialisten. Mit 4 : 3 : 1 Stimmen empfiehlt die Arbeitsgruppe, keine Umbenennung vorzunehmen.

Adam-Karrillon-Straße

(Gültig ab: 12.05.1933)

Adam Karrillon (12.05.1853 in Waldmichelbach/Odenwald, † 14.09.1938 in Wiesbaden), Arzt, Schriftsteller, Verfasser von Heimatromanen und Reiseerzählungen. Ehrungen und Auszeichnungen: Ehrenbürger von Wald-Michelbach (1921), Ehrenbürger von Weinheim (1923), Georg-Büchner-Preis (1923), Ehrenpreis der Deutschen Schillergesellschaft (1923).*

Von Publikum und Kritik wurde Adam Karrillons Werk zu dessen Lebzeiten überwiegend positiv aufgenommen. Insbesondere seine Reiseschilderungen und Heimatromane erfreuten sich großer Beliebtheit. Anlässlich seines 80. Geburtstags wurde am 12. Mai 1933 von dem der NSDAP nahestehenden „Kampfbund für deutsche Kultur“ ein Adam-Karrillon-Abend im Kurfürstlichen Schloss in Mainz abgehalten. Karrillon lebte zu dieser

Zeit bereits mit seiner Ehefrau in Wiesbaden. Zu den zahlreichen Gratulanten zählte auch der nationalsozialistische Staatspräsident (Ministerpräsident) des Landes Hessen Ferdinand Werner, mit dem Karrillon befreundet war.

Dass die Nationalsozialisten Adam Karrillon diese Ehren zukommen ließen, erklärt sich daraus, dass er der einzige bekannte lebende Dichter in der Region war, der so genannter „arischer“ Abstammung war, in politischer Hinsicht als unverdächtig galt und als Heimatdichter auch keine dem Regime missliebige Literatur produziert hatte. Karrillon selbst war eher unpolitisch, fühlte sich aber durch die Ehrung sicherlich geschmeichelt und lehnte diese auch nicht ab.

Zu Ehren Adam Karrillons trugen ab dem 12. Mai 1933 die ehemalige Schulstraße und das dortige Gymnasium seinen Namen. Das Gymnasium, dessen ehemaliger Schüler Karrillon war, wurde bei der Wiedereröffnung nach dem Krieg in Rabanus-Maurus-Gymnasium umbenannt, die Straße behielt den 1933 verliehenen Namen bei.

Adam Karrillon wurde von den Nationalsozialisten instrumentalisiert. Karrillon selbst war kein Nationalsozialist. Bei einer Gegenstimme empfiehlt die Arbeitsgruppe, keine Umbenennung vorzunehmen.

Immelmannstraße

(Gültig ab: 01.12.1941)

Max Immelmann (21.09.1890 in Dresden, † 18.06.1916, gefallen bei Sallaumines/Nordfrankreich), deutscher Jagdflieger und so genanntes „Flieger-Ass“ im Ersten Weltkrieg, trug den Beinamen „Adler von Lille“.*

Ehrungen und Auszeichnungen: zahlreiche militärische Orden und Kriegsauszeichnungen, Namensgeber für das Aufklärungsgeschwader 51 und für zwei Kasernen der Bundeswehr.

Zur Zeit des Nationalsozialismus zählte Max Immelmann zu den Personen, die von der nationalsozialistischen Propaganda als „Kriegshelden“ glorifiziert wurden. Dies schlug sich zum Beispiel in Denkmälern und Straßenbenennungen nieder, sowie der Verleihung des Traditionsnamens „Immelmann“ an das Sturzkampfgeschwader 2.

Die Immelmannstraße in Mainz war seit 1938 zunächst nach Rudolf Heß, dem Stellvertreter Hitlers als Parteivorsitzender der NSDAP, benannt worden. Nachdem Heß in Ungnade gefallen war, erfolgte die Umbenennung nach Max Immelmann.

Der Name Max Immelmans wurde von den Nationalsozialisten instrumentalisiert. Die Arbeitsgruppe empfiehlt einstimmig, keine Umbenennung vorzunehmen.

Marseillestraße

(Gültig ab: 12.10.1943)

Hans-Joachim Marseille (13.12.1919 in Berlin, † 30.09.1942 südl. Sidi-Abdel-Rahman/Ägypten), deutscher Jagdflieger und Offizier im Zweiten Weltkrieg, unter dem Namen „Stern von Afrika“ bekannt.*

Ehrungen und Auszeichnungen: zahlreiche militärische Orden und Kriegsauszeichnungen, Namensgeber für eine Kaserne der Bundeswehr.

Der junge und sympathisch wirkende Jagdflieger Hans-Joachim Marseille wurde als erfolgreichster Jagdflieger auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz und jüngster Hauptmann der Luftwaffe von der NS-Propaganda als Kriegsheld glorifiziert und zum „Stern von Afrika“ verklärt. Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland berichteten über ihn wie über einen Filmstar, die NS-Propaganda feierte jeden seiner Abschüsse.

Hans-Joachim Marseille wurde von den Nationalsozialisten instrumentalisiert. Als Soldat hätte er sich wohl nur bedingt der Vereinnahmung durch das Regime entziehen können. Die Arbeitsgruppe empfiehlt einstimmig, keine Umbenennung vorzunehmen.

Möldersstraße

(Gültig ab: 12.10.1943)

Werner Mölders (18.03.1913 in Gelsenkirchen, † 22.11.1941 bei Breslau), deutscher Jagdflieger und einer der höchstdekorierten Offiziere im Zweiten Weltkrieg. Ehrungen und Auszeichnungen: zahlreiche militärische Orden und Kriegsauszeichnungen, Namensgeber für einen Lenkwaffenzerstörer der Bundesmarine (bis 2003 im Dienst), für ein Jagdgeschwader der Luftwaffe (2005 Namensgebung vom Bundesminister für Verteidigung rückgängig gemacht) und für eine Kaserne der Bundeswehr (bis 2005).*

Werner Mölders gehörte seit 1932 der Reichswehr (ab 1935: Wehrmacht) an. Er wurde 1938 Mitglied der „Legion Condor“. Diese war eine verdeckt, das heißt ohne deutsche Uniformen oder Hoheitszeichen, operierende Einheit der deutschen Wehrmacht im Spanischen Bürgerkrieg. Sie war 1936 unter strengster Geheimhaltung ins Leben gerufen worden, griff in alle bedeutenden Schlachten ein und hatte entscheidenden Anteil am Sieg der Putschisten unter General Franco über Spaniens demokratisch gewählte Regierung. Die Legion Condor führte den ersten massiven Luftkrieg der Geschichte gegen die Zivilbevölkerung eines europäischen Landes und verübte die ersten Verbrechen der Wehrmacht.

Im Zweiten Weltkrieg war Mölders einer der erfolgreichsten deutschen Jagdflieger und wurde nach 101 Abschüssen als erster Offizier der Wehrmacht von Adolf Hitler mit der damals höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung, den „Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern“, ausgezeichnet. Kurz darauf wurde er mit nur 28 Jahren zum Oberst befördert und erhielt Feindflugverbot, um zu vermeiden, dass der für die NS-Propaganda wichtige „Kriegsheld“ bei einem Luftgefecht ums Leben kommt. Mölders wurde als Inspekteur der Jagdflieger (ab 1941: General der Jagdflieger) ins Reichsluftfahrtministerium nach Berlin versetzt. Er starb bei einem Flugzeugabsturz auf dem Weg zur Beerdigung von Ernst Udet (s. Udetstraße).

Nach einem Beschluss des Deutschen Bundestags im Jahr 1998, Mitgliedern der „Legion Condor“ nicht weiter ein ehrendes Andenken in Form von Kasernenbenennungen o. ä. zuteil werden zu lassen, wurde das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr um ein Gutachten zur Person Werner Mölders gebeten.

Das im August 2004 vorgelegte Gutachten kam zu dem Schluss, dass Mölders bis zu seinem tödlichen Flugunfall stets im Sinne der Kriegführungspolitik des NS-Regimes gehan-

delt und eine systemkonforme Haltung an den Tag gelegt habe. Er soll prototypisch dem Offizier nationalsozialistischer Prägung entsprochen haben. Mölders selbst habe sich auf die Inszenierung als „Held“ durch das NS-Regime eingelassen. Eine Distanz Mölders' zum Nationalsozialismus, etwa aufgrund seines christlichen Hintergrundes, sei nicht zu belegen. Bei den Tiefangriffen in Spanien nahm Mölders nach Ansicht der Experten des MGFA den Tod von nichtkämpfenden Zivilpersonen zumindest billigend in Kauf.

Im Januar 2005 beschloss daraufhin der Bundesminister der Verteidigung, dass Einrichtungen der Bundeswehr nicht mehr den Namen Mölders tragen sollen.

Trotz der fehlenden Distanz Werner Mölders zum Nationalsozialismus und der bereitwilligen Vereinnahmung durch das NS-Regime lassen sich unter Zugrundelegung des genannten Kriterienkatalogs keine ausreichenden Gründe für eine Umbenennung der Straße anführen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt bei zwei Gegenstimmen, keine Umbenennung vorzunehmen.

Udetstraße

(Gültig ab: 12.10.1943)

Ernst Udet (26.04.1896 in Frankfurt am Main, † 17.11.1941 in Berlin), deutscher Jagdflieger mit der zweithöchsten Zahl von Luftsiegen im Ersten Weltkrieg, Generalluftzeugmeister und Generaloberst im Zweiten Weltkrieg, Vorbild für die Hauptfigur in Zuckmayers Drama „Des Teufels General“.*

Ehrungen und Auszeichnungen: zahlreiche militärische Orden und Kriegsauszeichnungen.

Ernst Udet verdiente nach dem Ersten Weltkrieg seinen Lebensunterhalt mit Schauflügen. Seine Flugshows mit gewagter Luftakrobatik waren mit jeweils Zehntausenden von Besuchern Kassenmagneten und machten ihn auch international berühmt. Daneben wirkte er in einigen erfolgreichen Spielfilmen als Schauspieler (in der Rolle von tollkühnen Piloten) mit. Durch sein fliegerisches Können, aber auch durch sein ausschweifendes Privatleben mit häufigen Alkoholgien und wechselnden Affären avancierte Udet zu einer der populärsten und schillerndsten Persönlichkeiten der Weimarer Republik.

Der nationalsozialistischen Machtübernahme stand er nach eigenem Bekunden gleichgültig gegenüber. Udets große Popularität als „Kriegsheld“ und populärer Kunstflieger machte ihn hingegen für die Nationalsozialisten interessant. Auf Drängen Hermann Görings trat er schließlich am 1. Mai 1933 der NSDAP bei, da er sich davon persönliche Vorteile erhoffte. Göring beschaffte Udet anschließend die finanziellen Mittel zum Kauf von zwei Flugzeugen, mit denen dieser auch auf NSDAP-Veranstaltungen auftrat. Udet ließ sich in der Folgezeit bereitwillig für die NS-Propaganda einspannen.

Am 1. Juni 1935 trat Ernst Udet auf Betreiben Görings im Rang eines Obersts in die neu gegründete Luftwaffe ein. Im Reichsluftfahrtministerium war er verantwortlich für die technische Ausrüstung der Luftwaffe und bekleidete ab 1939, zuletzt im Rang eines Generalobersten, das Amt des Generalluftzeugmeisters der Wehrmacht. Bald nach Kriegsbeginn zeigte sich das mangelnde organisatorische Talent Udets, der seinen Amtsgeschäften kaum gewachsen war. Er flüchtete sich immer öfter in Alkoholexzesse, die seine Psyche und Gesundheit erheblich angriffen. Göring und Hitler machten Udet persönlich für die deutsche Niederlage in der Luftschlacht um England Ende 1940 verantwortlich. Nach erneuten heftigen Auseinandersetzungen mit Göring im Zusammenhang mit Vor-

würfen an Udet, dieser sei für die Unzulänglichkeiten der Luftwaffe im Krieg gegen die Sowjetunion verantwortlich, beging Ernst Udet am 17. November 1941 in Berlin Selbstmord, der vom NS-Regime in der Öffentlichkeit als tödlicher Unfall bei der Erprobung einer neuen Waffe dargestellt wurde.

Die Arbeitsgruppe kommt zu der Einschätzung, dass der Fall Ernst Udet ähnlich zu beurteilen ist, wie der von Hans-Joachim Marseille. Trotz seiner bereitwilligen Vereinnahmung durch das NS-Regime ist Udet im Wesentlichen von den NS-Machthabern instrumentalisiert worden. Die Arbeitsgruppe empfiehlt einstimmig, keine Umbenennung vorzunehmen.

2.2. Nach Förderern oder Profiteuren des NS-Regimes benannte Straßen in Mainz

Agnes-Miegel-Straße

(Gültig ab: 28.01.1971)

Agnes Miegel (09.03.1879 in Königsberg, † 26.10.1964 in Bad Salzungen), deutsche Schriftstellerin.*

Ehrungen und Auszeichnungen: Kleist-Preis (1916), Ehrendoktorwürde der Albertus Universität Königsberg (1924), Ehrenbürgerin der Stadt Königsberg (1939), Goethepreis der Stadt Frankfurt am Main (1940), Westfälischer Kulturpreis (1952), Ehrenbürgerin der Gemeinde Bad Nenndorf (1954), Großer Literaturpreis der Bayerischen Akademie der Schönen Künste (1959).

Agnes Miegel war seit 1.8.1937 Mitglied im nationalsozialistischen „Deutschen Frauenwerk“, seit 1.10.1939 in der NS-Frauenschaft und seit 1.7.1940 (Aufnahmeantrag am 2.4.1940) in der NSDAP.

Bereits 1933 gehörte sie zu jenen 88 deutschen Schriftstellern/innen und Dichtern/innen, die ein „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler veröffentlichen ließen. Im Oktober 1933 nahm sie die Berufung in den Vorstand der Sektion für Dichtung der Preußischen Akademie der Künste an.

In einem privaten Briefwechsel mit dem Schriftsteller und NS-Kulturpolitiker Hans Friedrich Blunck bekannte sich Miegel im September 1934 eindeutig zum Nationalsozialismus:

„Wenn ich über meine Heimat und ihr Geschick etwas glaube, so ist es das: Wir werden ein nationalsozialistischer Staat sein – oder wir werden nicht sein! Und das wäre der Untergang nicht nur Deutschlands – es wäre der Untergang des weißen Mannes. – In dem Augenblick, als ich das ganz klar erkannte – [...] da war ich bereit, für diesen Glauben nicht nur zu leben – auch (und ich kann sagen, da war ich gewiß) dafür zu sterben.“

Als systemkonforme Schriftstellerin wurde Agnes Miegel 1940 für ihr Werk „Ostland“ der von Joseph Goebbels 1933 gestiftete „Nationale Buchpreis“ verliehen. Im selben Jahr erhielt sie den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt am Main, in dessen Verwaltungsrat seit

1933 führende Nationalsozialisten, darunter der Reichsminister für Wissenschaft Bernhard Rust und Propagandaminister Goebbels saßen.

Agnes Miegel veröffentlichte zudem Gedichte, in denen Adolf Hitler glorifiziert wird, z. B. das Gedicht „Dem Schirmer des Volkes“, dem folgende Passage entnommen ist:

„Lass in deine Hand,
Führer, uns vor aller Welt bekennen:
Du und wir,
nie mehr zu trennen
stehen ein für unser deutsches Land!“

Nach dem Krieg hat sich Agnes Miegel nie öffentlich von ihrer NS-Vergangenheit distanziert.

Sie stellte sich als unpolitische Dichterin dar und erklärte ihr Eintreten für den Nationalsozialismus mit ihrer Sorge um ihre Heimat Ostpreußen. Gefragt nach ihrem Verhalten in der NS-Zeit, gab sie an: „Dies habe ich mit meinem Gott alleine abzumachen und mit niemand sonst.“

In den 1950er Jahren wurde Agnes Miegel zwei Mal für den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen. In beiden Fällen wurde dies mit Hinweis auf ihre schriftstellerische Tätigkeit im Nationalsozialismus abgelehnt.

Die im Jahr 2010 in Münster eingesetzte „Kommission Straßennamen“, die u. a. über eine Umbenennung der dortigen Agnes-Miegel-Straße zu beraten hatte, gab am 15. Juni 2011 nach ausgiebigen Recherchen einstimmig die Empfehlung ab, die Straße umzubenennen. Die Kommission führte aus: „Ausschlaggebend für die Empfehlung der Umbenennung war die Bewertung, dass Agnes Miegel eine Stütze des NS-Regimes im Bereich Kultur war und den ‚Führer‘ in ihren Werken verherrlichte.“

Die Agnes-Miegel-Straße in Mainz-Finthen erhielt ihren heutigen Namen mit Beschluss des Stadtrats vom 28.1.1971. Nach den Eingemeindungen des Jahres 1969 (darunter auch Finthen) mussten insgesamt über 130 Straßen umbenannt werden, um im erweiterten Stadtgebiet die mehrfache Verwendung einzelner Straßennamen zu vermeiden. Die „Agnes-Miegel-Straße“ in Mainz-Finthen trug vorher den Namen „Goethestraße“, der infolge der Erweiterung des Stadtgebiets jedoch mehrfach auftrat. Die Benennung der Straße nach Agnes Miegel geht auf die Sitzung des Ortsbeirats Mainz-Finthen am 2.4.1970 zurück. Laut der Mitschrift dieser Sitzung waren dem Ortsbeirat 350 Namensvorschläge für die umzubenennenden Straßen aus der Bevölkerung zugegangen, aus denen eine Kommission (bestehend aus Mitgliedern des Ortsbeirats) eine Liste von Vorschlägen zusammenstellte. In dieser Liste erscheint auch der Name „Miegelstraße“ bzw. „Agnes-Miegel-Straße“. Nähere Informationen zu den maßgeblichen Gründen für die Aufnahme dieser Bezeichnung liegen nicht vor. Es ist jedenfalls anzunehmen, dass die Benennung der Straße nach Agnes Miegel auf einen Vorschlag aus der Bevölkerung zurückgeht.

Agnes Miegel hat sich ab 1933 öffentlich positiv über Adolf Hitler geäußert und sich bereitwillig von der NS-Propaganda vereinnahmen lassen. Nach dem Krieg hat sie sich nie von ihren Äußerungen während der NS-Zeit distanziert und keinerlei Reue gezeigt. Die Arbeitsgruppe empfiehlt daher bei einer Gegenstimme die Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße.

Carl-Diem-Straße

(Gültig ab: 28.01.1971)

Carl Diem (24.06.1882 in Würzburg, † 17.12.1962 in Köln), deutscher Sportwissenschaftler, -funktionär und –publizist, Organisator der Olympischen Spiele 1936 in Berlin. Ehrungen und Auszeichnungen: Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland (1953), Olympischer Orden des Internationalen Olympischen Komitees (1956).*

Carl Diem war seit 1913 Generalsekretär des „Deutschen Reichsausschusses für Olympische Spiele“ bzw. von dessen Nachfolgeinstitution „Deutscher Reichsausschuss für Leibesübungen“. 1920 fanden auf seine Initiative hin erstmals die „Reichsjugendwettkämpfe“ statt, die Vorläufer der heutigen Bundesjugendspiele. Im selben Jahr wirkte er maßgeblich an der Gründung der Deutschen Hochschule für Leibesübungen in Berlin mit und wurde deren Prorektor. Bei den Olympischen Spielen 1928 und 1932 war Diem Missionsschef der deutschen Olympiamannschaften.

Am 24. Januar 1933 – somit nur wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler – wurde Carl Diem zum Generalsekretär des Organisationskomitees für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin ernannt. Er konnte diese Position auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten weiter bekleiden, obwohl er vom NS-Regime als „politisch unzuverlässig“ eingestuft worden war. Seine Mitgliedschaft in der nationalliberalen „Deutschen Volkspartei“ seit 1922, die jüdische Verwandtschaft seiner Frau und die Tatsache, dass unter Diem als Prorektor und faktischer Leiter der Deutschen Hochschule für Leibesübungen dort vor 1933 zahlreiche jüdische Sportlehrer tätig waren, machten ihn in den Augen der Nationalsozialisten verdächtig. Dementsprechend verlor er 1933 seine Stellung als Prorektor der Sporthochschule und als Generalsekretär des „Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen“.

Dass er sein Amt als Generalsekretär des Organisationskomitees behalten konnte, lag v. a. an Diems Renommee innerhalb des Internationalen Olympischen Komitees. Eine Entlassung Carl Diems durch das NS-Regime hätte möglicherweise zu einer Absage der Spiele in Berlin geführt. Aus demselben Grund blieb Theodor Lewald, der nach nationalsozialistischer Rassenideologie als so genannter „Halbjuden“ galt, weiterhin Präsident des Organisationskomitees für die Olympischen Spiele 1936.

Nach dem internationalen Erfolg dieser Olympischen Spiele wurde Carl Diem zum Direktor des Internationalen Olympischen Instituts in Berlin ernannt. Er trat fortan vor allem als Autor ideologischer und sportwissenschaftlicher Schriften hervor, die zu etwa einem Drittel in nationalsozialistischen Publikationen erschienen. Sein dreibändiges Werk „Olympische Flamme“ gilt neben den Filmen von Leni Riefenstahl als wichtiges Zeitdokument nationalsozialistischer Sportpropaganda.

Obwohl sich Diem, der kein NSDAP-Mitglied war, dem NS-Regime bereitwillig andiente, wurde er noch 1939 von der Reichswaltung des NS-Lehrerbundes negativ beurteilt. Ihm wurde insbesondere vorgeworfen, als Generalsekretär des „Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen“ dafür verantwortlich gewesen zu sein, dass vor 1933 an der Hochschule für Leibesübungen „ein ungewöhnlicher Prozentsatz Juden als Sportlehrer und in der Verwaltung beschäftigt“ gewesen sei. Darüber hinaus habe er „in der damaligen Zeit auch im Privatleben Verkehr mit Juden“ gepflegt. Tatsächlich belegen Einträge in Diems Tagebuch aus der NS-Zeit, dass dieser die nationalsozialistische Judenverfolgung ablehnte.

Nach Kriegsbeginn wurde Diem mit der Leitung der Auslandsabteilung des Nationalsozia-

listischen Reichsbunds für Leibesübungen (NSRL) betraut. Er hatte in dieser Funktion zwar nur wenige Befugnisse, war damit aber in das Machtgefüge des NS-Regimes eingebunden. Dennoch übte er in seinen Tagebucheinträgen vor allem im weiteren Verlauf des Krieges Kritik an der NS-Regierung.

Im November 1944 trat Carl Diem im Alter von 62 Jahren als Freiwilliger einem Volksturm-Bataillon in Berlin bei und wurde zum „Ordonnanzoffizier zur besonderen Verwendung“ ernannt. In dieser Funktion hielt er am 18. März 1945 eine Durchhalte-Rede vor rund 1.200 Volksturm-Männern und HJ-Jungen im Kuppelsaal des Berliner Olympiageländes. Reinhard Appel, später Chefredakteur des ZDF, war als Hitlerjunge Zeuge dieser Veranstaltung. Er berichtete in den achtziger Jahren, Diem habe in seiner Rede zum finalen Opfergang „für Führer, Volk und Vaterland“ aufgerufen. Dem überlieferten Redemanuskript Diems, das allerdings nur Stichworte enthält, ist eine derartige Passage jedoch nicht zu entnehmen. Auch fanden sich keine Zeitzeugen, die Appels Schilderungen bestätigten. Dass Diem an jenem Tag eine Propagandarede gehalten hat, steht außer Frage. Carl Diems langjähriger Arzt und Freund, der ehemalige Rektor der Deutschen Sporthochschule Wildor Hollmann, sagte zu den Vorwürfen Reinhard Appels: „Diem hat mir öfter gesagt, dass er zu dieser Rede gezwungen wurde. Er und seine Familie wären sonst in Lebensgefahr gewesen“.

Der Diem-Biograph und Geschichtspräsident Frank Becker hält es hingegen nicht für angebracht, in diesem Fall von einem „Befehlsnotstand“ zu sprechen. Er vertritt die Ansicht, dass schon allein Diems Alter es ihm ermöglicht hätte, „den Auftritt auf der Rednertribüne mit dem Hinweis auf gesundheitliche Probleme zu vermeiden, ohne sogleich um sein Leben fürchten zu müssen.“

Nach dem Krieg hat sich Carl Diem nie von seinen Äußerungen während der NS-Zeit distanziert oder gar öffentliche Reue gezeigt. Am 12. April 1947 wurde er zum Rektor der von ihm gegründeten Deutschen Sporthochschule in Köln ernannt. Dieses Amt bekleidete er bis zu seinem Tod 1962. Von 1950 bis 1953 war Diem zusätzlich Sportreferent im Bundesinnenministerium.

Obwohl sich Diem als Sportfunktionär dem NS-Regime andiente, lassen sich unter Zugrundelegung des genannten Kriterienkatalogs keine ausreichenden Gründe für eine Umbenennung der Straße anführen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt nach eingehender Diskussion einstimmig, keine Umbenennung vorzunehmen.

Fritz-Fuchs-Weg

(Gültig ab: 26.05.2004)

Fritz Fuchs (13.02.1924 in Ebersheim, † 27.10.1997 in Mainz- Ebersheim), langjähriger Vorsitzender des Turn- und Sportvereins 1897 Mainz-Ebersheim (bis 1970).*

Um die Benennung der Straße nach Fritz Fuchs gab es Diskussionen, da dieser in der NS-Zeit Anführer der Hitler-Jugend in Ebersheim gewesen sein soll.

Dem Bundesarchiv liegen keine Informationen über eine Funktion als HJ-Führer vor. Allerdings trat Fritz Fuchs nach Angaben des Bundesarchivs am 1. September 1942 im Alter von 18 Jahren in die NSDAP ein.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt bei einer Gegenstimme, keine Umbenennung vorzunehmen.

Fritz-Kohl-Straße

(Gültig ab: 28.01.1971)

Fritz Kohl (18.07.1889 in Mainz, † 10.02.1969 in Mainz), Mainzer Kommunalpolitiker, Stadtrat 1946-1960 (FDP-Fraktion), gemeinsam mit seinem Bruder Karl Kohl Eigentümer der in der Straße befindlichen Bierbrauerei „Zur Sonne“ (1991 eingestellt).*

Ehrungen und Auszeichnungen: Bundesverdienstkreuz 1. Klasse (1959), Ehrenring der Stadt Mainz.

Fritz Kohl profitierte von der „Arisierung“ der Mainzer Sonnenbrauerei, die 1938 von der jüdischen Familie Philipp Mayer zu einem von der NSDAP festgelegten (niedrigen) Kaufpreis an die Getreide- und Futtermittelfirma Gebrüder Kohl verkauft werden musste. Diese Firma war im Besitz von Fritz Kohl und dessen Bruder Karl.

Eine Mitgliedschaft von Fritz Kohl in der NSDAP oder in einer der Parteigliederungen lässt sich nach Angaben des Bundesarchivs nicht nachweisen.

Nach dem Krieg engagierte sich Fritz Kohl in der Mainzer Kommunalpolitik und gehörte zu den Gründern der FDP in Mainz. Er war Vorsitzender des Großhandelsverbandes, Vorsitzender der Mainzer Börse und Verwaltungsrat der Sparkasse.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt bei zwei Gegenstimmen, keine Umbenennung vorzunehmen.

Hindenburgplatz und Hindenburgstraße

(Gültig ab: 23.05.1916)

Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (02.10.1847 in Posen, † 02.08.1934 auf Gut Neudeck bei Freystadt/Westpreußen), Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg, 1925 bis 1934 Reichspräsident.*

Ehrungen und Auszeichnungen: zahlreiche militärische Orden und Kriegsauszeichnungen, Ehrenbürger zahlreicher Städte und Gemeinden, mehrere Ehrendoktorwürden, Namensgeber für Schulen (nach 1945 überwiegend umbenannt), Straßen/Plätze und Kasernen.

Im Ersten Weltkrieg war Paul von Hindenburg Chef der Obersten Heeresleitung. Mit Abschluss des Versailler Vertrages im Juli 1919 erteilte Reichspräsident Ebert Hindenburg auf dessen Wunsch hin den Abschied. Vor dem Untersuchungsausschuss der Weimarer Nationalversammlung zu den Ursachen des deutschen Zusammenbruchs befragt, verbreitete Hindenburg die Dolchstoßlegende, wonach das deutsche Heer „im Felde unbesiegt“ geblieben und von den Novemberrevolutionären durch einen Waffenstillstand „von hinten erdolcht“ worden sei. Die Dolchstoßlegende schadete der noch nicht gefestigten Weimarer Demokratie nachhaltig und blieb ein häufig genutztes Propagandainstrument nationalistischer Kreise.

1925 wurde der parteilose Hindenburg von den Rechtsparteien dazu gedrängt, bei der Reichspräsidentenwahl zu kandidieren. Er gewann die Wahl und leistete trotz seines Bekenntnisses zur Monarchie den Eid auf die Weimarer Verfassung. Hindenburg wurde zu

einem von den demokratischen Parteien weitgehend anerkannten Staatsoberhaupt und 1932 (unter anderem als Gegenkandidat Adolf Hitlers) wiedergewählt.

Nach mehreren Regierungskrisen berief er am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler. Trotz seiner anfänglichen persönlichen Abneigung gegen Hitler, den er abschätzig den „böhmischen Gefreiten“ nannte, geriet Hindenburg immer stärker in dessen Einflussbereich. Mit der Unterzeichnung der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ (so genannte „Reichstagsbrandverordnung“) durch Hindenburg am 28. Februar 1933 wurden die Bürgerrechte außer Kraft gesetzt und der Weg in die nationalsozialistische Diktatur geebnet.

Bei der von Propagandaminister Joseph Goebbels am 21. März 1933 (dem so genannten „Tag von Potsdam“) inszenierten Eröffnung des neu gewählten Reichstags wurde durch die Verneinung Hitlers vor dem greisen Reichspräsidenten eine symbolträchtige Kontinuität zwischen der Kaiserzeit und dem Dritten Reich hergestellt und Hindenburgs hohes Ansehen für das neue Regime instrumentalisiert und vereinnahmt.

Mit seiner Unterschrift unter das am 23. März 1933 von der erforderlichen Zweidrittelmehrheit des Reichstags verabschiedete Ermächtigungsgesetz wirkte Hindenburg letztlich an der Beseitigung der Republik mit.

Nach eingehender Diskussion empfiehlt die Arbeitsgruppe mit 5 : 2 : 1 Stimmen, von einer Umbenennung abzusehen, da unter Heranziehung des von der Arbeitsgruppe erstellten Kriterienkatalogs keine hinreichenden Gründe für eine Umbenennung vorliegen.

Ina-Seidel-Straße

(Gültig ab: 25.03.1992)

Ina Seidel (15.09.1885 Halle /Saale, † 02.10.1974 in Schäflarn bei München), deutsche Schriftstellerin.*

Ehrungen und Auszeichnungen: Ordentliches Mitglied der Preußischen Akademie der Künste (1932), Franz-Grillparzer-Preis der Stadt Wien (1941), Ordentliches Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste (1948), Ordentliches Mitglied der Akademie der Künste Berlin/West (1955), Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland (1966), Ehrenbürgerwürde der Stadt Starnberg (1970).

Ina Seidel war seit 1.7.1934 Mitglied der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) und seit 1.10.1937 des RLB (Reichsluftschutzbund), gehörte aber nicht der NSDAP oder der NS-Frauenschaft an. Diese Mitgliedschaften sind als eher weniger belastend einzustufen.

Allerdings zeigte Seidel als Schriftstellerin offen ihre Bewunderung für Adolf Hitler, etwa in Form pathetischer Geburtstagsgrüße.

Ina Seidel beteiligte sich neben dem „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler, das 88 deutsche Schriftsteller/innen und Dichter/innen im Oktober 1933 unterzeichnet haben, auch an den „Treuebekennnissen“, die die Preußische Akademie der Künste in der NS-Zeit veröffentlichen ließ. Seidel hatte bereits seit Januar 1932 der Akademie angehört und blieb auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten deren Mitglied, während zahlreiche politisch missliebige oder jüdische Künstler ausgeschlossen wurden. Andere Akademiemitglieder wie Thomas Mann oder Ricarda Huch waren aus Protest gegen die „Gleichschaltung“ der Preußischen Akademie der Künste 1933 ausgetreten.

Seidel wurde vom NS-Regime hofiert, folgte bereitwillig Einladungen zu Vorträgen und kulturellen Veranstaltungen und veröffentlichte bis weit in die Kriegszeit hinein Texte, die vom NS-Regime propagandistisch genutzt werden konnten.

Nach 1945 wurde sie im Entnazifizierungsverfahren allerdings als „unbelastet“ eingestuft, so dass sie weiterhin veröffentlichen durfte. Ina Seidel setzte sich im Gegensatz zu vielen anderen Schriftstellern nun kritisch mit ihrer Rolle im NS-Kulturbetrieb auseinander und ließ in einigen, ursprünglich nicht zur Veröffentlichung vorgesehenen, tagebuchartigen Notizen die Einsicht erkennen, Schuld auf sich geladen zu haben. Ihr eigenes Fehlverhalten verarbeitete sie schließlich in literarischer Form in dem 1959 erschienen Roman „Michaela“.

Zu diesem Zeitpunkt war Ina Seidel bereits seit vier Jahren wieder Mitglied der Akademie der Künste in Berlin, 1957 war sie mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet worden, 1966 erhielt sie schließlich das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Die „Ina-Seidel-Straße“ in Mainz-Hechtsheim erhielt ihren Namen nach einem von allen Fraktionen getragenen Beschluss des Stadtrats vom 25.03.1992. Es handelte sich um eine neu errichtete Straße, deren Benennung auf einen Vorschlag des Ortsbeirats Mainz-Hechtsheim zurückgeht.

Insbesondere angesichts der Tatsache, dass sich Ina Seidel nach 1945 deutlich vom Nationalsozialismus distanziert und Reue gezeigt hat, empfiehlt die Arbeitsgruppe bei zwei Gegenstimmen, keine Umbenennung vorzunehmen.

Pfifznerstraße

(Gültig ab: 28.01.1971)

Hans Erich Pfifzner, (05.05.1869 in Moskau, † 22.05.1949 in Salzburg), deutscher Komponist und Dirigent sowie Autor politischer und theoretischer Schriften.*

Ehrungen und Auszeichnungen: Ehrenmitglied der Königlich Schwedischen Musikakademie (1917), Goldene Ehrenmünze der Landeshauptstadt München (1930), Beethoven-Preis der Preußischen Akademie der Künste (1931), Sondermarke der Deutschen Bundespost zum 125. Geburtstag (1994).

1886-1890 wurde Hans Pfifzner im Hoch'schen Konservatorium in Frankfurt am Main ausgebildet. 1894 nahm er einen Posten als unbezahlter Kapellmeister am Stadttheater in Mainz an, ein Jahr später wurden dort seine ersten größeren Werke uraufgeführt (die Oper „Der arme Heinrich“ und die Schauspielmusik zu „Das Fest auf Solhaug“ von Henrik Ibsen).

1897 zog er nach Berlin und wurde dort Musiklehrer und Kapellmeister. In der Folgezeit war er in verschiedenen Städten tätig. 1917 wurde sein bedeutendstes Werk, die Oper „Palestrina“, in München uraufgeführt und 1920 wurde er Leiter einer Meisterklasse für Komposition an der Preußischen Akademie der Künste. 1929 erhielt er eine Anstellung als Dirigent an der Bayerischen Staatsoper und als Professor für Komposition an der Staatlichen Akademie der Tonkunst in München, wo er bis zu seiner Pensionierung 1934 wirkte.

Hans Pfifzner begegnete Adolf Hitler erstmals Anfang 1923, als ihn der Parteivorsitzende

der NSDAP auf Vermittlung eines Freundes in einem Münchner Krankenhaus besuchte, wo Pfitzner wegen einer Gallenblasenoperation in Behandlung war. Obgleich das Gespräch nicht harmonisch verlief und Hitler verstimmt war, als er ging, bemühte sich Pfitzner nach seinem Krankenhausaufenthalt, den Kontakt wieder aufzunehmen. Er war überzeugt davon, dass Hitler eine bedeutende Persönlichkeit war. Als Hitler nach dem gescheiterten Novemberputsch 1923 in Festungshaft genommen wurde, verfasste Pfitzner einen Brief an den Inhaftierten, in welchem er Hitler als „größte Hoffnung“ Deutschlands bezeichnete. Aus unbekanntem Gründen wurde der Brief jedoch nie abgeschickt. Pfitzner gelang es in der Folgezeit nicht, mit Hitler in Kontakt zu treten.

Ab 1933 warb Hans Pfitzner dann erneut um die Anerkennung durch den „Führer“. Einen an Adolf Hitler adressierten Brief vom 21. November 1933 schloss er mit den Worten: „Ich glaube nicht, dass Sie es bereuen würden, mich durch eines meiner großen Werke kennenzulernen, und darf wohl glauben, dass ich es verdiene, von Ihnen gekannt zu sein. Mit Verehrung und Bewunderung, Hans Pfitzner“.

Nach dem Tod Hindenburgs gehörte Pfitzner 1934 zu den Unterzeichnern des Aufrufs der Kulturschaffenden zur Volksabstimmung über die Vereinigung des Reichspräsidenten- und Reichskanzleramts, der am 18. August 1934 im Völkischen Beobachter erschien.

An den so genannten „Wahlen“ und „Volksabstimmungen“ in der NS-Zeit beteiligte er sich mit Aufrufen zur Unterstützung der Politik Hitlers. Zur Reichstagswahl 1936 pries Hans Pfitzner in der Presse „das unsterbliche Verdienst unseres Führers Adolf Hitler, dessen Weitblick zu folgen die einfache Pflicht jedes Deutschen ist“.

Seit 1936 gehörte Pfitzner dem - allerdings faktisch bedeutungslosen - Reichskultursenat an.

Obgleich Hans Pfitzner darüber enttäuscht war, dass er von den führenden Nationalsozialisten, insbesondere von Hitler, keine besondere Beachtung erhielt, war er dem Regime gegenüber loyal. Er sandte Hitler Geburtstagsgratulationen und versicherte diesem seine unablässige Treue.

Am 20. Februar 1940 urteilte die Hauptstelle für politische Beurteilungen des NSDAP-Gaupersonalamts München über Hans Pfitzner: „Dem Nationalsozialismus steht Pfitzner bejahend gegenüber“, obwohl der Komponist kein NSDAP-Mitglied war.

Noch 1944 verfasste Pfitzner einen Beitrag für das geplante Buch „Wir stehen und fallen mit Adolf Hitler“, in welchem er dazu aufforderte, Hitler das uneingeschränkte Vertrauen zu schenken.

Im selben Jahr komponierte er die Krakauer Begrüßung op. 54 als Hommage an seinen Freund und Mäzen Hans Frank, den Generalgouverneur des besetzten Polen, der 1946 von den Alliierten wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tod verurteilt wurde. Bei Hans Frank fand Pfitzner endlich die Anerkennung, die er sich auch von anderen NS-Größen gewünscht hatte.

Hans Pfitzner war bereits lange vor 1933 bekennender Antisemit. Entsprechende Äußerungen Pfitznors liegen für die Zeit vor 1933, die NS-Zeit, aber auch die Zeit nach 1945 vor.

Für Pfitzner war die von ihm verabscheute Weimarer Republik das Werk einer internationalen Verschwörung der Juden.

Bereits 1919 schrieb er, in der Novemberrevolution 1918, die zur Ausrufung der Republik geführt hatte, hätten „deutsche Arbeiter, deutsches Volk sich von russisch-jüdischen Verbrechern anführen“ lassen.

In seinem Antisemitismus unterschied Pfitzner jedoch zwischen „guten“, nämlich deutsch-national gesinnten Juden und dem „internationalen Judentum“. Dies erklärt, warum er trotz offen zur Schau getragener antisemitischer Grundhaltung in der NS-Zeit

wiederholt für jüdische Freunde eintrat. So verwandte sich Pfitzner beispielsweise im März 1933 für seinen in Dortmund tätigen Schüler Felix Wolfes, der ein ausgezeichneter Dirigent sei, „[o]bgleich er Jude ist“. Eine Kopie des an einen Dortmunder Stadtverordneten gerichteten Briefes schickte Pfitzner direkt an Adolf Hitler. Auch in der Folgezeit versuchte Pfitzner – wenn auch meist vergeblich – jüdischen Bekannten mit Empfehlungsschreiben zu helfen.

Gleichzeitig blieb er überzeugter Antisemit, selbst nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“. Pfitzner rechtfertigte im Juni 1945 in seiner „Glosse zum II. Weltkrieg“ sogar Hitlers Antisemitismus. Er bezeichnete in diesem Text den Zweiten Weltkrieg als unausweichliche Folge einer „Lügen- und Greuelpropaganda“ gegen Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg.

Pfitzner kritisierte den Bombenkrieg gegen Deutschland und behauptete, die Flugzeuge der Alliierten seien „mit Fliegern meist farbiger Rasse“ besetzt gewesen, „denen diese ‚Kriegsführung‘ einen relativ ungefährlichen Sport bedeutet“ habe.

Hans Pfitzner war überzeugt davon, Hitler habe mit dem Versuch, alle Juden aus Europa zu entfernen, richtig gehandelt, und schrieb dazu: „Das Weltjudentum ist ein Problem & zwar ein Rassenproblem, aber nicht nur ein solches, & es wird noch einmal aufgegriffen werden, wobei man sich Hitlers erinnern wird & ihn anders sehen, als jetzt, wo man dem gescheiterten Belsazar nur zu gern den bekannten Eseltritt versetzt“.

In jüngster Vergangenheit kam es zu Umbenennungen von ehemals nach Hans Pfitzner benannten Straßen in Hamburg, Hamm und Münster. Die Umbenennung der Pfitznerstraße in Hamburg erfolgte durch Senatsbeschluss vom 23.06.2010 und trat am 27.01.2011 (Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus) in Kraft. Der Umbenennung vorausgegangen war eine Prüfung des Falls durch das Staatsarchiv Hamburg und eine Stellungnahme des Musikwissenschaftlers Dr. Albrecht Dümling aus Berlin. Dieser führte aus, dass er Pfitzner einerseits zu den bedeutendsten deutschen Komponisten des 20. Jahrhunderts zähle, ihn aber andererseits für politisch belastet halte: „Pfitzner hat die Verfolgung der Juden – wenn auch nicht den Völkermord an ihnen – gebilligt und war überzeugt, dass die Lösung der Problematik des ‚Weltjudentums‘ weiterhin eine Zukunftsaufgabe bleiben werde. Hierin war er, obwohl nie Parteimitglied, in der Tat um 1945 zum ‚geistigen Verfechter der Theorien des Nationalsozialismus‘ geworden. Schon vorher hatte sich das NS-System gerne auf seine markigen Äußerungen zum Weltjudentum, zum Jazz und zur Atonalität gestützt.“

Trotz der herausragenden Bedeutung Hans Pfitzners als Komponist, der auch in Mainz gewirkt hat, empfiehlt die Arbeitsgruppe bei einer Gegenstimme die Umbenennung der Pfitznerstraße, da sich Pfitzner auch noch nach 1945 als unbelehrbarer Antisemit gezeigt hat.

Sauerbruchstraße

(Gültig ab: 28.01.1971)

Ferdinand (Ernst) Sauerbruch (03.07.1875 in Barmen, † 02.07.1951 in Berlin), bedeutender Chirurg, Professor für Chirurgie an den Universitäten Zürich und München sowie an der Charité in Berlin (1928–1949).*

Ehrungen und Auszeichnungen: Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften (1937), Ehrenpräsident der Berliner Chirurgischen Gesellschaft (1950), Sondermarke der Deutschen Bundespost zum 100. Geburtstag (1975).

Ferdinand Sauerbruch war einer der bedeutendsten und einflussreichsten Chirurgen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seine Schüler besetzten zahlreiche chirurgische Lehrstühle in Deutschland und dem Ausland, seine Klinik wurde von zahlreichen ausländischen Chirurgen besucht.

Im November 1933 beteiligte sich Sauerbruch mit einem eigenen Brief „An die Ärzteschaft der Welt“ am weltweit verbreiteten „Bekanntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“, bei dessen Präsentation in Leipzig er einer der Hauptredner war.

1934 ernannte Göring ihn zum Staatsrat. Im September 1937 nahm Sauerbruch auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg den von Hitler gestifteten Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft an. Die Einführung dieses Preises war die Antwort Hitlers auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an den von den Nationalsozialisten bis 1936 inhaftierten Carl von Ossietzky.

1937 wurde Sauerbruch in den Reichsforschungsrat berufen, nachdem er seit Mitte der dreißiger Jahre dem Hauptausschuss der Deutschen Forschungsgemeinschaft angehört hatte. Der Reichsforschungsrat unterstützte auch Forschungsprojekte der SS, zu denen die Menschenversuche in den Konzentrationslagern gehörten. 1942 wurde er zum Generalarzt des Heeres ernannt und bewilligte in dieser Position im selben Jahr Mittel für Senfgasversuche an Häftlingen im KZ Natzweiler.

Andererseits war Sauerbruch mit dem jüdischen Künstler Max Liebermann befreundet und zählte zu den wenigen Prominenten, die am Trauerzug für Liebermann nach dessen Tod 1935 in Berlin teilnahmen. Er setzte sich nach 1933 nachweislich für deutsch-jüdische Freunde und Bekannte ein und nahm dafür auch Unannehmlichkeiten durch das NS-Regime in Kauf.

Darüber hinaus protestierte Sauerbruch gegen die systematische Ermordung von Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen durch die Nationalsozialisten und bot der regimekritischen „Mittwochsgesellschaft“ Raum in seinem Haus in Berlin-Wannsee. Da einige Mitglieder der „Mittwochsgesellschaft“ zu den „Verschwörern“ des Attentats vom 20. Juli 1944 gehörten, wurde auch Sauerbruch mehrfach vernommen, entging aber einer Verhaftung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg forderte Sauerbruch eine Rückbesinnung auf Menschlichkeit und Demokratie und war Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs der CDU in Berlin. Im Oktober 1945 wurde er allerdings unter dem Vorwurf, in der NS-Zeit zur Steigerung des Ansehens der nationalsozialistischen Diktatur beigetragen zu haben, aus dem Amt des Berliner Gesundheitsstadtrats entlassen.

Sauerbruch hatte sich einerseits bereitwillig dem NS-Regime angedient, andererseits aber durch seinen Einsatz für deutsch-jüdische Freunde und Bekannte und durch seinen

Protest gegen die Ermordung von Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen auch Konflikte mit den nationalsozialistischen Machthabern provoziert. Da sich unter Zugrundelegung des genannten Kriterienkatalogs keine ausreichenden Gründe für eine Umbenennung der Straße anführen lassen, empfiehlt die Arbeitsgruppe bei zwei Gegenstimmen, keine Umbenennung vorzunehmen.

Wernher-von-Braun-Straße

(Gültig ab: 01.04.1980)

Wernher Freiherr von Braun (23.03.1912 in Wirsitz, Provinz Posen, † 16.06.1977 in Alexandria/Virginia), Physiker, Raketeningenieur und bedeutender Raumfahrtpionier. Ehrungen und Auszeichnungen: div. Ehrendoktorwürden, Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland (1960), Goldene Medaille d. Humboldt-Gesellschaft (1975).*

Seit 1932 war Wernher von Braun als Zivilangestellter in das Raketenprogramm des Heereswaffenamtes eingebunden. 1937 wurde er zum technischen Direktor der neu errichteten Heeresversuchsanstalt Peenemünde auf der Insel Usedom ernannt. Hier leitete er unter anderem die Entwicklung des Aggregats 4, einer Großrakete mit Flüssigtreibstoff. Ab 1943 wurde die Rakete in Serie gebaut und nach ihren ersten Einsätzen auf London als „V2“ (Vergeltungswaffe 2) bezeichnet. In Anerkennung seiner kriegswichtigen Arbeit wurde von Braun am 8. Juli 1943 von Hitler persönlich zum Professor ernannt.

Für den Bau der Raketen wurden Zwangsarbeiter aus Konzentrationslagern eingesetzt. Nach der Bombardierung der Anstalt in Peenemünde 1943 wurden die Produktionsstätten nach Thüringen verlagert. Für die Serienherstellung der „V2“ richteten die Nationalsozialisten das „Arbeitslager Dora“ als Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald ein. Die Häftlinge dieses später als „KZ Mittelbau-Dora“ bezeichneten Konzentrationslagers mussten ihre Arbeit in Stollen unter menschenunwürdigen Bedingungen verrichten. 12.000-20.000 Zwangsarbeiter kamen in diesem KZ in den anderthalb Jahren seines Bestehens ums Leben.

Wernher von Braun wusste, dass KZ-Häftlinge zum Arbeitseinsatz herangezogen wurden, war aber innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs nicht unmittelbar für die Beschaffung der Arbeitskräfte verantwortlich. Eine Mitschuld am Leid der Zwangsarbeiter hat er nach dem Krieg stets von sich gewiesen. Erst in den sechziger Jahren, als vermehrt Informationen über Mittelbau-Dora an die Öffentlichkeit gelangten, hat von Braun zugegeben, von den furchtbaren Arbeitsbedingungen gewusst zu haben. Er leugnete jedoch beharrlich, jemals Kenntnis von Gräueltaten oder Tötungen erhalten zu haben. Dies erscheint angesichts der Quellenlage allerdings wenig glaubhaft.

1966 drückte Wernher von Braun sein Bedauern über die Verhältnisse im KZ Mittelbau-Dora aus: „Ich schämte mich, dass solche Dinge in Deutschland möglich waren, selbst in einer Kriegssituation, wo es um das nationale Überleben ging.“

Allerdings wird diese Aussage durch eine Äußerung relativiert, die von Braun ebenfalls nach dem Krieg getätigt hatte: „Aber Krieg ist Krieg, und da mein Land sich im Krieg befand, hatte ich die Überzeugung, dass ich nicht das Recht hatte, weiterhin moralische Gesichtspunkte ins Feld führen zu dürfen. Meine Pflicht war, den Krieg gewinnen zu helfen, ob ich nun Sympathie für die Regierung hatte oder nicht. Ich hatte keine.“

Während seiner Zeit als Doktorand an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin trat Wernher von Braun am 1.11.1933 der Reiter-SS bei. Ein Grund dafür war möglicherweise

der Druck, der nach der NS-Machtübernahme auf Studenten ausgeübt wurde, in eine der Gliederungen der Partei einzutreten. Die SS-Reiterabteilungen waren eher elitäre Organisationen, die zahlreiche Adelige als Mitglieder hatten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Reiter-SS als einzige aktive SS-Organisation als nicht verbrecherisch eingestuft. Nach Abschluss seiner Promotion 1934 schied von Braun wieder aus der Reiter-SS aus.

Am 1. Dezember 1938 trat er der NSDAP bei. Seine nach dem Krieg geäußerte Behauptung, zum Eintritt aufgefordert worden zu sein, ist glaubhaft. Eine Weigerung hätte seiner Karriere sicher schaden können, wäre aber grundsätzlich möglich gewesen. Nach vorliegender Quellenlage scheint sich von Braun nicht propagandistisch für die NSDAP betätigt zu haben. Der Eintritt in die Partei erfolgte wohl vorrangig, um seine führende Position in der Raketenforschung nicht zu gefährden.

Gleiches gilt für von Brauns Wiedereintritt in die SS. Dieser erfolgte am 1. Mai 1940 auf persönlichen Wunsch des Reichsführer-SS Heinrich Himmler und ist vor dem Hintergrund des Versuchs der SS zu sehen, Einfluss auf die unter der Kontrolle des Heereswaffenamts stehende Raketenforschung zu nehmen. Wernher von Braun stieg innerhalb der SS bis zum Sturmbannführer (28. Juni 1943) auf.

Im Februar 1944 hatte Wernher von Braun eine Unterredung mit Heinrich Himmler. Der Reichsführer-SS wollte sich seinen Einfluss auf die V2 sichern, wurde von Wernher von Braun jedoch höflich abgewiesen. Von Braun wollte „seine“ Raketenforschung weiterhin unter der Führung des Heeres und unbeeinflusst von der SS vorantreiben. Im März 1944 wurde von Braun daraufhin von der Gestapo verhaftet. Grund für die Verhaftung waren Äußerungen, die von Braun unter Alkoholeinfluss im Kreise von Kollegen getätigt haben sollte. Dabei hatte er sich angeblich negativ über den Kriegsausgang geäußert und die Nutzung der Rakete als Waffe abschätzig beurteilt. Seine Hauptaufgabe habe er in der Entwicklung eines „Weltraumschiffs“ gesehen. Dieser Vorwurf konnte für von Braun schwere Folgen haben und hätte, wenn man ihm „Wehrkraftzersetzung“ hätte nachweisen können, seinen Tod bedeutet. Nur von Brauns besondere Bedeutung im Raketenprogramm ließ ihn nach einer Intervention von Albert Speer (Reichsminister für Bewaffnung und Munition) wieder frei kommen.

Nach dem Krieg betonte Wernher von Braun, dass diese Episode ihn endgültig vom NS-Regime entfremdet habe und ihm seither bewusst gewesen sei, dass er „ein böses Regime unterstützte“.

Über den Holocaust äußerte er sich nach dem Krieg wie folgt: „Ich habe nie gewusst, was in den Konzentrationslagern vor sich ging. Aber ich hatte einen entsprechenden Verdacht und in meiner Position hätte ich es herausfinden können. Ich tat es nicht und verachte mich selbst dafür“.

Wenn auch seine Behauptung, von den Vorgängen in den Konzentrationslagern nichts gewusst zu haben, fraglich erscheint, so ist Wernher von Braun immerhin zugute zu halten, dass keine einzige antisemitische Handlung oder Äußerung von ihm überliefert ist.

Bei Kriegsende begab sich Wernher von Braun mit einigen seiner engsten Mitarbeiter bewusst in amerikanische Gefangenschaft, um den Amerikanern seine Dienste anzubieten. Er wurde von der US-Armee in Dienst gestellt, erhielt 1955 die amerikanische Staatsbürgerschaft und arbeitete später für die NASA, wo er bis zum stellvertretenden Direktor der Planungsabteilung aufstieg. Am Erfolg der bemannten Mondlandung im Jahr 1969 war er maßgeblich beteiligt.

Die Abstimmung in der Arbeitsgruppe führte zu einem Ergebnis von 3 : 3 : 3. Aufgrund der Stimmgleichheit wird daher keine Umbenennung vorgeschlagen.

3. Ergebnis

Die Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“ beendet ihre Tätigkeit mit der Vorlage dieses Abschlussberichts. Dieser wurde in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe am 29. Juni 2016 bei einer Gegenstimme angenommen.

Von den 17 zur Diskussion stehenden Straßen und Plätzen wurde eine Straße, die ehemalige Poppelreuterstraße, auf Empfehlung der Arbeitsgruppe bereits umbenannt.

Die Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“ empfiehlt gemäß vorliegendem Abschlussbericht die Umbenennung von zwei weiteren Straßen, namentlich die Agnes-Miegel-Straße sowie die Pfitznerstraße.

Es ist beabsichtigt, vorliegenden Abschlussbericht in eine Broschüre münden zu lassen, die u .a. zur Verteilung an Mainzer Schulen gelangen soll.